

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle nach den Ausgabestellen 2 Pf., im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,50 Pf., bei Postbestellung 3 Pf., zuzüglich Abtransport. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: 10 Pf. pro Woche. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: 10 Pf. pro Woche. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 45 — 90. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 23. Februar 1931

Zug der Zeit.

Gewiss, die ganze Sache ist burlesk! Mit einer „richtig-gehenden“ Kanone bewaffnet, stellt sich ein Mann auf den Balkon seiner Wohnung im hochfeinen Berliner Westen und schießt in die Gegend. Ziegel splittern, Fenster klirren, bis das überfallkommando dem nicht ganz ungefährlichen Spud ein Ende macht, den Mann und seine Kanone von dannen führt. Hinterher erfährt man von seinem Treiben so allerhand, was durchaus nicht burlesk ist, vor allem, daß es ganz allgemein in der Umgebung bekannt war, wie wenig er die Kinder der Nachbarn den guten alten Spruch befolgen ließ: „Spiele nicht mit Schießgewehr!“ Man liest davon, daß er als „Firmenschild“ unten am Hause und am Eingang zu seiner Wohnung den Hinweis „Schiffsgeschütze“ angebracht hatte. Und daß er sein Tun damit erklärte, daß er einen Schießplatz für seine Versuche habe, er aber nicht — und er insofern die Strafe für die Ausübung seiner Kanone hätte benutzen müssen. Vor allem natürlich wollte er die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und seine Erfindung lenken, weil er vom Reichswehrministerium damit abgewiesen worden sei. Man ist ja hinterher immer sehr schnell mit der „Geistesgegenwart“ zur Hand, und die Tatsache, daß der Kanonenhändler im Kriege einmal in einem zusammengebrochenen Unterstand versunken war, gibt dann die rasch herbeigekehrte Begründung ab. Das ändert aber doch nichts an der Tatsache, daß dieses „armen Irren“ Treiben nicht bloß seinen nächsten Verwandten, sondern der ganzen Nachbarschaft bekannt war, — und niemand kam auf die nicht gerade fernliegende Idee, daß aus dem Spiel mit dem „Schießgewehr“, mit Pulver und gezogenem Kanonenlauf auch mal Ernst werden konnte, der nur durch einen Zufall noch glimpflich abließ. Das Kanonenrohr war aber wirklich kein Spielzeug, sondern sehr brauchbar, und der „Irre“ hat es sich in Euthelien lassen, wo man ja in diesen Dingen einige Erfahrung hat. Sogar die Jüde des Rohres wurden ihm gefertigt, ohne daß man sich dabei nur einmal fragte, was hier eigentlich „gepielt“ wird. Daß sich in Deutschland irgendeine Privatperson ein schuhfertiges Kanonenrohr herstellen lassen kann, ohne daß nun nach den äußeren Umständen gefragt wird, ist immerhin doch eine Erfahrung, die zu denken geben sollte. Daß jedermann bei allen „Gelegenheiten“ sofort „eine Pistole aus der Tasche zieht“, wurde leider Gottes heute zu einer Erscheinung, über die man sich trotz aller Verordnungen im allgemeinen gar nicht mehr wundert. Das gehört ja jetzt einfach zu parteipolitischen Auseinandersetzungen und es war fast eine Befreiung eines lebhaft empfundenen „Mangels“, daß nun auch im Ausland der „Geist“ ein paar Schüsse knallen. Man wäre also versucht, für den Reichstagspräsidenten eine entsprechende Nachahmung des bekannten „Wils-Beiß“-Scherzes zu empfehlen, bei dem der Gastwirt darum bittet, auf den Klavierspieler nicht zu schließen; er teure Weisheit.

Und doch muß man aus andern, durchaus nicht humoristisch zu nehmenden Gründen einen Augenblick bei dem Vorfalle im Reichstag verweilen. Der Mann mit der Schreckenspistole ist ja kein politisch aufgeregter Jüngling gewesen, sondern ein Greis, der das biblische Alter bereits überschritten hat. Auch er wollte durch sein Tun die Aufmerksamkeit auf sich und seine Forderungen lenken, weil er für die Wünsche der Kleinrentner bei den zuständigen Reichstagsabgeordneten kein Gehör zu finden glaubte. Kleinrentner — bei diesem Wort wird jeder Spott und jeder Humor bitter. Und die nüchterne Feststellung, daß auch sie Opfer des Krieges und des zunehmenden Druckes sind, genügt nicht ganz, unser Gewissen zu beruhigen. Denn ihnen wurde mehr als nur das Geld durch eine lange Barmherzigkeit kaum gemilderte Ausbreitung der Verzweiflung tonnen — und der Vorfalle im Reichstag ist ja auch nur ein solcher und keineswegs der einzige dieser Art —, so möchten wir das nicht in Parallele damit stellen, wenn ein parteipolitischer Fanatiker zum Lebenskummer sieht und über dem die Verzweiflung dann einmal zusammenschlägt, ist gewiß nicht ein „schändliches Mißverständnis“ zuzubilligen. Stärker als er und als wir alle ist das Schicksal, das hinter uns, über uns, gegen uns, liegt vielleicht im „Zuge der Zeit“, ist aber doch immer der Punkt, bei dem die „Geistesgegenwart“ einsetzt. Denn es ist zwecklos, fast sinnlos ist es daher, daß im Reichstag nur eine Schreckenspistole knallen.

Hindenburgs Ruf an die Deutschnationalen

Aufforderung zur parlamentarischen Mitarbeit. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wegmann, Reichstagspräsident, hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem er u. a. an den Reichspräsidenten die bringende Bitte richtet, dafür Sorge zu tragen, daß ungeachtet etwas Durchdringendes für die Landwirtschaft, insbesondere des Ostens, geschehen möge. Reichspräsident von Hindenburg hat hierauf dem

Scharfe Kritik an der Osthilfe

Die Hauptforderungen des Landbundes bleiben unberücksichtigt.

In einem Referat über die agrarpolitische Lage auf der Gesamtsitzung des Landbundes Provinz Sachsen unterzog der Präsident des Landbundes, Graf von Kaldreuth, das geplante neue Osthilfegesetz einer eingehenden Kritik. Zusammenfassend kam er zu folgendem Schluß: Das Osthilfegesetz in seiner Gesamtheit muß als unzureichend und unzulänglich bezeichnet werden, besonders deshalb, weil die generelle Kostensenkung nicht in den Vordergrund der Hilfsmassnahmen gestellt ist. Auch die vorgesehene Art der landwirtschaftlichen Entschuldung läßt nicht die Hoffnung zu, daß die Umschuldung schnell Platz greift. Der Einfluß Preußens kann nicht als gebrochen angesehen werden. Die Mitwirkung der Landwirtschaft ist nicht im genügenden Maße sichergestellt. Auch eine Verlängerung des Vollstreckungsprozesses ist nicht erfolgt.

Mit Rücksicht darauf, daß die Voraussetzung für eine erfolgreiche Osthilfe, nämlich die Wiederherstellung der Landwirtschaft, bisher nicht erfüllt ist und die eben erwähnten Hauptforderungen des Reichslandbundes unberücksichtigt geblieben sind, wird auch dieses Gesetz dem deutschen Osten keine Rettung bringen.

Endlose Kabinettsberatungen über die Agrarvorlage.

Worte und noch immer keine Taten.

Die agrarpolitischen Beratungen des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Brüning, an denen auch der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte Reichsbauernpräsident Dr. Luther teilgenommen konnte, wurden fortgesetzt. Im Vordergrund der Erörterungen standen vor allem die genossenschaftlichen Probleme, die vorher mit dem Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Reichstanzlei ausführlich durchgesprochen waren.

Für Anfang der nächsten Woche ist eine eingehende Aussprache der zuständigen Stellen mit dem Ziel der Zinsverbilligung in Aussicht genommen. Die agrarpolitischen Beratungen des Reichskabinetts werden Montag fortgesetzt.

Das neue Osthilfegesetz.

Erläuterungen des Ministers Treviranus.

Reichsminister Treviranus sprach im Berliner Rundfunk über die Osthilfe, die in den nächsten Wochen im Reichstag und Reichstag zur Verabschiedung kommen soll. In seinem Abschnitte A lege dieses Gesetz vor, das in einem beschränkten Zinsgürtel allgemeine Hilfsmassnahmen, wie bisher in Ostpreußen, Oberschlesien und der Grenzmark, auf weitere Kreise von Ostpreußen und Pommern ausgedehnt werden können.

Abg. Wege folgende Antwort erteilt: „Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Von Ihrem Schreiben vom 18. Februar habe ich mit vollem Verständnis für die im Landvolk der Grenzmark herrschende sorgvolle und ernste Stimmung Kenntnis genommen. Ich verfolge die Lage der deutschen Landwirtschaft mit besonderem Interesse und begleite alle brauchbaren Vorschläge zur Besserung der Lage namentlich im Osten mit tätiger Mitarbeit. Durch die in den letzten Tagen vom Reichskabinetts verabschiedeten Gesetzentwürfe soll dem Osten durch weitere vor der Verabschiedung stehende Maßnahmen der deutschen Landwirtschaft insgesamt eine durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht werden. In meiner Mitwirkung hierbei hat es bisher nicht gefehlt und wird es auch künftig nicht fehlen. Leider muß ich aber zurzeit Ihre und Ihrer Fraktionskollegen praktische Mitarbeit bei der Gesetzgebung des Reiches vermissen. Ich muß daher Ihren Appell an mich damit erwidern, daß ich an Sie und Ihre Parteifreunde den dringenden Ruf richte, bei den bevorstehenden, für die deutsche Landwirtschaft lebenswichtigen gesetzgeberischen Arbeiten nicht abseits zu stehen, sondern tatkräftig mitzuhelfen. Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg!“

Ein politischer Sonntag.

Reichsbannerkundgebungen im Reich.

Auf einer Reichsbannerkundgebung in Frankfurt am Main sprach als erster Redner Reichstagspräsident Lobe. Seit dem 14. September sei die Widerstandskraft der republikanischen Parteien gewachsen. Wenn die Nationalsozialisten den Reichstag heute verlassen, dann sei es ein Einverständnis ihrer politischen Schwäche und der Unmöglichkeit, Wahlversprechungen zu verwirklichen. Weder der deutsche noch der italienische Faschismus könne der Wirtschaftskrise wirksam begegnen. Die republikanischen Parteien seien bereit zum Kampf auf geistlichem Gebiet, aber auch dem Gegner auf reales Kampffeld zu folgen.

außerdem sei die Regierung gehalten, in den Jahren 1932 bis 1934 jeweils Mittel in Höhe von mindestens 20 Millionen Mark bereitzustellen, um besondere Notlagen zu mildern. Im Abschnitt B des Osthilfegesetzes sei vorgesehen, in dem sogenannten Osthilfegeld eine großzügige Entschuldung gefährdeter landwirtschaftlicher Betriebe durchzuführen. Bezüglich der Wünsche anderer Landesstellen, in die Osthilfe einbezogen zu werden, erklärte Treviranus, daß wegen der Beschränktheit der Mittel die Entschuldung von der Grenze an durchgeführt werden müsse.

Das Kernstück des Osthilfegesetzes sei die Osthilfe bei der landwirtschaftlichen Entschuldung, die die Osthilfe bei der Reichstanzlei und die Landesstellen zu betreiben hätten. Die Osthilfe müsse sich auf die Zinszahlungen, die Abdeckungen von überhängenden Verlusten und den Landverkauf bei unrentablen Betrieben beschränken. Man müsse berücksichtigen, daß man zwar Anordnungen machen könne, soweit es die Verfassung gestatte, daß man aber nicht in ausländische Geldgeber zwingen könne, Geld zur Verfügung zu stellen. Die Regierung müsse sich dagegen verwahren, daß man ihr nicht nur Unfähigkeit, sondern bösen Willen vorwerfe. Mit dem Herzen allein könne die Krise nicht gemeistert werden. Wenn vielsach

zur Ablehnung der Osthilfe in der neuen geplanten Form aufgeführt

werde, weil sie den Schuldner nicht die alleinige Verfügung über das Schicksal ihrer Gläubiger gebe, so sei zu bedenken, daß das Reich für das Wohlergehen der Schuldner sowohl wie der Gläubiger verantwortlich sei. Der Reichspräsident bürgte dafür, daß die gesetzliche Durchführung der Maßnahmen gesichert wird, soweit es in Anbetracht der Verhältnisse und der zur Verfügung liegenden Mittel des Reiches nur irrendweise denkbar sei.

Ein Industrieprogramm der Landwirtschaft.

Die Industrie „nicht überall vorbildlich“.

Wie die Landwirtschaftliche Wochenchau erzählt, hat die Haltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Industrie- und Handelstages zu den Agrarvorlagen in führenden landwirtschaftlichen Kreisen den Plan reifen lassen, nun ihrerseits ein Industrieprogramm aufzustellen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Industrie durchaus nicht überall vorbildlich sei. Gerade die von der Industrie selbst immer wieder betonten Schwierigkeiten der Industriewirtschaft, insbesondere die großen Stilllegungen der letzten Zeit beweisen, daß unsere deutsche Industrie noch in vieler Richtung verbesserungsbedürftig sei. Das beziehe sich u. a. auch auf die Abgabensituation und auf die Werbung, bei der gerade die letzte Grünsche Woche in Berlin schlagend bewiesen habe, wie rücksichtslos die Industrie nicht nur gegenüber der ausländischen Konkurrenz, sondern auch gegenüber der Landwirtschaft sei.

Die volkswirtschaftlich verheerliche und schädliche Absatzpolitik der Industrie zeige sich auch in der von landwirtschaftlicher Seite seit Jahren kritisierten Praxis, industrielle Produktionsmittel für den intensiven landwirtschaftlichen Betrieb der ausländischen Landwirtschaft zu erheblich billigeren Preisen als der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, so daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft beeinträchtigt und zugleich durch die vielfach unter den Selbstkosten liegenden Auslandspreise das Verlustsaldo der Industrie vergrößert werde.

Eine Ansprache in französischer Sprache hielt das Mitglied der französischen Kammer Charles Spinasse. Frankreich müsse langfristige Kredite für die deutsche Wirtschaft zur Verfügung stellen, um der deutschen Arbeitslosigkeit zu begegnen. — Der frühere österreichische Bundeskanzler Krenner überbrachte die Grüße des österreichischen Schutzbundes. — Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Das Reichsbanner veranstaltete in München eine Kundgebung im Bürgerbräukeller. Der Hauptredner war Major a. D. Mahr, der sich scharf gegen die Nationalsozialisten wandte. Reichstagsabgeordneter Auer erklärte, auch in Zukunft werde der Leitgedanke des Reichsbanners sein, keine Gewalt der Willkür, alle Gewalt dem Reiche und alles Recht dem Volke.

Der 22. Februar in Sachsen.

Ruhiger Verlauf.

Am Vormittag fanden in Dresden Kundgebungen und Umzüge der verschiedenen politischen Organisationen statt. Soweit sich bisher feststellen ließ, ist es zu größeren Zwischenfällen nirgends gekommen. Zwar versuchten kommunistische Trupps, an verschiedenen Stellen nationalsozialistische Umzüge und Aufmärsche zu stören. Diese Störungsversuche scheiterten an dem sofortigen Einschreiten der Polizei.

Ebenso herrschte in Leipzig vollkommene Ruhe. Kleinere Störungsversuche wurden von der Polizei im Keime erstickt. Die Kundgebungen verliefen in Ordnung und Ruhe.

Auch aus der Oberlausitz, so aus den Städten Bautzen, Löbau und Zittau, wird ein ruhiger Verlauf der politischen Kundgebungen gemeldet.

Republikanisches und glückliches Wetter hat sich eben noch immer als das beste Dämpfungsmittel für politische Heißsporne erwiesen.